

5. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

5. März 1952

411/J

A n f r a g e

der Abg. G e i s s l i n g e r , Dr. M a l e t a , A l t e n b u r g e r ,
M a c h u n z e , ^{B l e y e r} und Genossen

an den Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe,
betreffend Schutz der Gewissungsfreiheit bei den Österreichischen Bundesbahnen.

-.-.-

Am 6. Jänner 1952 wurden von der Sozialistischen Partei auch in der Werkstätte St. Pölten eine Protestkundgebung gegen Starhemberg abgehalten, an welcher auch der Werkstättenbedienstete Heinrich Sulzer teilnahm. Es sprach in dieser Versammlung der Obmannstellvertreter des Vertrauensmännerausschusses Mitterhofer. Er hielt eine wüste Hetzrede, insbesondere gegen die ÖVP, und schuf damit eine Atmosphäre, die dafür bezeichnend ist, was nachher geschah. Heinrich Sulzer stimmte gegen die vorgeschlagene Resolution. Er wurde nach Beendigung der Versammlung von seinen sozialistischen Kollegen mit Füßen getreten und erhielt von einem gewissen Engelbert Kappl eine derartige Ohrfeige, dass ihm Blut aus dem Mund und der Nase floss. Ein ungeheurer Aufruhr entstand, in dessen Verlauf sich auch eine Truppe von zirka 20 Leuten zum Vorstand, Herrn Oberbaurat Köhler, begab und die Entfernung Sulzers bei sonstiger sofortiger Betriebseinstellung verlangte.

Sulzer hat es in der Folge abgelehnt, den Fall zu Protokoll zu geben, weil er aus Kollegialität auf eine Ahndung der gegen ihn gesetzten Brutalitäten verzichtete.

Die gefertigten Abgeordneten stellen an den Herrn Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe die

A n f r a g e,

was er zu tun gedenkt, um eine Radikalisierung der Arbeiterschaft während der Dienstzeit hintanzuhalten und es zu verhindern, dass Leute im Falle der Ausübung ihres demokratischen Rechtes bei Abstimmungen ihr Leben und ihre Gesundheit riskieren.

-.-.-